

GRÜNES

August
Nr. 3/2019



BLATT

DIE ZEITUNG DER
GRÜNEN KANTON ZÜRICH



#KLIMAWAHL2019

AM 20. OKTOBER

INHALT

ABSTIMMUNGEN	2
NATIONALRATSWAHLEN	3-8
STÄNDERATSWAHLEN	9
AUS DER REGION	10-11
GRÜNE STADT ZÜRICH	12-13
GRÜNE WINTERTHUR	14
JUNGE GRÜNE	15
AGENDA	16

Was für ein Auftakt im Superwahljahr 2019: Uns ist die Sensation gelungen: Martin Neukom wurde in den Regierungsrat gewählt und wir konnten als Partei fast fünf Prozent zulegen und unsere Fraktion um neun Sitze vergrössern. Der Kanton Zürich hat jetzt einen Grünen Baudirektor – und er hat im Kantonsrat eine ökologische Mehrheit. Dass jetzt vieles möglich ist, hat die erste Ratssitzung gezeigt: Der Kanton Zürich hat den Klimanotstand ausgerufen. In den nächsten Monaten folgen viele klimarelevante Geschäfte, die wir in der letzten Legislatur initiiert haben. Unsere Arbeit zahlt sich aus.

Die Messlatte ist hoch gesteckt! Aber es sind nicht nur die Ergebnisse der kantonalen Wahlen und die Wahlbarometer, die für uns sprechen: Viele Menschen haben verstanden, was auf dem Spiel steht. Es kann nämlich nur noch in eine Richtung gehen: In eine umweltverträgliche Zukunft.

Und dazu brauchen wir den Umschwung im nationalen Parlament. In der letzten

Legislatur hat sich zu wenig bewegt. Das CO₂-Gesetz ist Sinnbild für das Blockieren der jeglicher konkreter Klimaschutzmassnahmen durch die Bürgerlichen. Oft trennten uns nur wenige Stimmen von grossen Schritten. Darum müssen wir am 20. Oktober zulegen.

Damit uns das gelingt, brauchen wir die Mithilfe aller, die an eine grüne Zukunft glauben. Wir sind nicht die Partei der grossen Budgets, keine Partei der Lobbyist*innen, keine Partei der leeren Versprechungen. Wir sind die Partei der Menschen auf der Strasse. Und diese Menschen müssen im Herbst wählen, die Mobilisierung wird entscheiden. Ich zähle auf Eure Mithilfe in der Wahlkampagne: Flyern, Veranstaltungen organisieren, Plakatieren, Unterschriften sammeln, Leserbriefe schreiben, Freund*innen anschreiben, Spenden – es ist für jede*n etwas dabei! Bringen wir die ökologische Mehrheit nach Bern!

■ **Marionna Schlatter,**
Präsidentin Grüne Kanton Zürich

Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

LIEBE LESERINNEN

Die National- und Ständeratswahlen 2019 stehen vor der Tür und wir Grüne sind auf Erfolgskurs. Unsere sozialen und ökologischen Themen sind bei den Wähler*innen aktueller denn je und auch die nationalen Wahlen werden zur #Klimawahl2019. Jetzt gilt es alle Kräfte zu bündeln, damit wir die positiven Umfrageergebnisse in reale grüne Sitzgewinne umsetzen können.

Auf den Seiten 3 bis 8 stellen wir alle Kandidat*innen unserer Nationalratsliste vor. Zudem erzählt uns unsere Ständeratskandidatin Marianna Schlatter im Interview, warum sie in die kleine Kammer gewählt werden will und was sie von allen den Kandidat*innen unterscheidet (S. 9).

Die Stadt Zürich will endlich auf Klimakurs kommen. Markus Kunz, Fraktionspräsident der Grünen Gemeinderatsfraktion, zeigt uns auf, wie Zürich das Ziel «Netto Null» bis 2030 erreichen will (S. 12).

Zudem gibt es in diesem «Grünen Blatt» wie immer viele Grüne Neuigkeiten aus den Regionen.

■ Nadine Berthel, Geschäftsführerin Grüne Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 2'700 Ex. Redaktion & Layout: Nadine Berthel. Korrektorat: Beat Hess, Ulla Blume. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Beat Bloch, Karin Fehr, David Siems, Markus Kunz, Luca Maggi, Felix Moser, Reto Diener, Julian Croci. Bildnachweise: S. 10: Karin Fehr, S. 11: kallejpp /photocase.de, S. 12: Sophie Kreuzberg, S. 13: CL. /photocase.de, S. 14: boing /photocase.de. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FSC-Papier gedruckt: FSC C010121.

**NEIN ZUR
STEUERVORLAGE**

Im Frühjahr 2019 hat das Stimmvolk JA gesagt zur Vorlage «Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)». Jetzt geht es um die kantonale Umsetzung. Wir Grüne bekämpfen diese Steuersenkungsvorlage für Unternehmen entschieden.

Am 1. September 2019 stimmen wir über die kantonale Umsetzungsvorlage der eidgenössischen Steuervorlage ab. Wir erinnern uns: Das Ausland hat Druck gemacht, um die Steuerprivilegien der Statusgesellschaften in der Schweiz abzuschaffen, ansonsten die EU die Schweiz auf eine schwarze Liste der Steueroasen setzen wollte. Die Steuerprivilegien wurden mit der eidgenössischen Vorlage abgeschafft und der AHV zwei Milliarden Franken zugewiesen. Mit der Annahme wurde den Kantonen aber auch die Möglichkeit gegeben, die ansässigen Unternehmungen steuerlich weiter zu entlasten.

Maximale Entlastung für Unternehmen

Dabei ist der Kanton Zürich bei allen Massnahmen bis an die maximal mögliche Entlastungsgrenze gegangen. Nutzt eine Firma in Zukunft alle Möglichkeiten, kann sie ihren steuerbaren Gewinn bis auf 30 Prozent reduzieren. Daneben soll noch der Gewinnsteuersatz gesenkt werden, was eine weitere Steuerreduktion um 12,5 Prozent nach sich zieht. Und in drei Jahren soll eine weitere Entlastung von 12,5 Prozent folgen.

Damit sich Gemeinden und Kirchen

an die Steuerausfälle gewöhnen können, wird ihnen vom Kanton für eine beschränkte Zeit ein Zuschuss gewährt und der Kanton bezahlt etwas mehr in den Gemeindeausgleich und an die Zusatzleistungen. Der Kanton veranschlagt die Steuerausfälle mit rund 500 Mio. Franken pro Jahr, die kompensiert oder eingespart werden müssen. Bei den Einnahmen ist mit höheren Steuern und Gebühren für alle zu rechnen, auf der Ausgabenseite mit einem Leistungsabbau.

Der Kanton Zürich hat Unternehmen viel zu bieten

Der Kanton Zürich überzeugt als guter Standort, mit hervorragenden Hoch- und Fachhochschulen, mit einer sehr gut ausgebauten Infrastruktur und einem stabilen politischen und einem zuverlässigen Rechtssystem. Die Steuern sind bei der Ansiedlung einer Unternehmung nur einer von vielen Faktoren. Steuerausfälle in diesem Umfang gefährden die hohe und gute Lebensqualität in unserem Kanton, weshalb ein Nein die richtige Parole ist.

■ Beat Bloch, Kantonsrat, Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK)

Der Mittelstand zahlt's!

Konzerne
profitieren.
Zürich verliert.

Ungerechte Steuervorlage

NEIN

UNSERE KANDIDATINNEN

Mit der Wahl von Martin Neukom in die Kantonsregierung und neun zusätzlichen Sitzen im Parlament haben wir Grünen im Frühling einen sensationellen Erfolg gefeiert. Auch die nationalen Wahlen werden zur #Klimawahl2019. Mit unseren 35 Kandidat*innen wollen wir den Erfolg aus den kantonalen Wahlen auch nach Bern tragen.

Auf den folgenden Seiten stellen sich alle Kandidat*innen unserer Grünen Nationalratsliste vor. Wie bei den vergangenen nationalen Wahlen, werden wir auch in diesem Jahr wieder mit einer Grünen Migrant*innen- und Second@s Liste und einer Junggrünen Liste antreten.



**KATHARINA
PRELICZ-HUBER**

1959, Präsidentin Gewerkschaft VPOD, Prof. Soziale Arbeit, Gemeinderätin

Mit aller Kraft die Klimakatastrophe verhindern. Mit Einsatz für ein Leben in Würde für alle, für Menschenrechte und soziale Sicherheit. Entschlossen und mit Fantasie für Gleichstellung von Frau* und Mann*. Voll Elan für eine nachhaltige Wirtschaft mit starkem Service Public.



**MARIONNA
SCHLATTR**

1980, Soziologin, Pilzexpertin, Parteipräsidentin, Kantonsrätin

Die Umweltkrise erfordert nicht nur eine Energiewende, sondern auch eine Agrarwende. Die Schweiz hat beste Voraussetzungen, um die Landwirtschaft ökologisch umzubauen. Ich kandidiere, weil ich mich für eine zukunftsverträgliche, ökologische Schweiz einsetzen möchte.



**BALTHASAR
GLÄTTLI**

1972, Präsident Mieter*innenverband Deutschschweiz, Kleinunternehmer

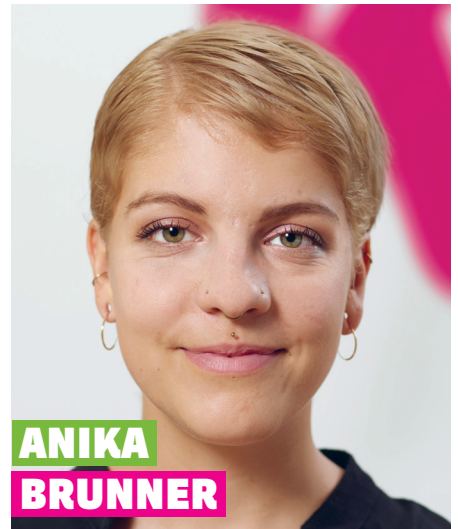
Besser statt mehr. Das wollen wir Grünen. Solange der Wohlstand offiziell daran gemessen wird, wie schnell wir wieviel wegwerfen, sind wir noch weit von einer Wirtschaft entfernt, die umwelt- und klimaverträglich ist und den Menschen dient, statt sie auszubeuten.



**BASTIEN
GIROD**

1980, Umweltnaturwissenschaftler, ETH-Dozent, Unternehmensberater

Grüne Anliegen sind wieder im Trend. Dennoch stand es noch nie so schlecht um Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Biodiversität. Die Luft- und Trinkwasserbelastung hat teilweise sogar zugenommen. Umso wichtiger, dass wir die Grüne Welle nutzen, um konkrete, wirksame Massnahmen umsetzen.



**ANIKA
BRUNNER**

1999, Fachfrau Gesundheit & Studentin Pflege

Als Teil der Generation, die jetzt für den Klimaschutz auf die Strasse geht, will ich mich im Parlament für genau dieses Anliegen starkmachen. Als Pflegefachfrau setze ich mich zudem für ein starkes, allen zugängliches Gesundheitswesen ein. Dieses muss Kernaufgabe des Staates bleiben.

NATIONALRATSWAHLEN: GRÜNE LISTE 6



**MERET
SCHNEIDER**

1992, Co-Geschäftsleitung Sentience Politics, Kantonsrätin, Gemeinderätin

Mehr Food, weniger Waste. Mehr Fair, weniger Fast. Mehr lokal, weniger global. Die Ernährung ist für 30 Prozent aller Umweltbelastungen verantwortlich. Für einen nachhaltigen Konsum und weniger Lebensmittelabfälle braucht es Anreize und Leitplanken auf nationaler Ebene. Dafür setze ich mich ein.



**BEAT
BLOCH**

1963, Jurist, Kantonsrat, CSP

Unter dem Deckmantel der Sicherheit werden immer wieder die Grundrechte unnötig eingeschränkt. Ich setze mich dafür ein, dass die Grundrechte gewahrt werden und der Staat sie nur dort einschränkt, wo es notwendig ist.



**DAVID
GALEUCHET**

1971, Dr. sc. nat., Biologe, Energiefachmann, Kantonsrat

Eine nachhaltige Energiezukunft mit Sonne und Wind statt Atom und Kohle. Zersiedelung vermeiden, verdichtet bauen, lebenswerte Grünräume integrieren. Vielfältige Lebensräume erhalten, damit sich auch unsere Kinder noch an der Natur erfreuen können. Dafür setze ich mich ein.



**RENATE
DÜRR**

1967, kfm. Angest., Co-Parteipräs., Präs. VPOD Winterthur, Kantonsrätin

Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, benötigen unsere Unterstützung. Tiere gehören in die freie Natur und nicht in Mastställe und Fabriken. Ich setze mich dafür ein, dass Mensch und Tier als solche betrachtet und behandelt werden.



**FELIX
MOSER**

1968, dipl. phil. II, Physiker, Unternehmer, Gemeinderat

Wir haben nur eine Erde. Um sie zu bewahren, braucht es Veränderungen. Radikal und sofort. Nach Jahren bürgerlicher Untätigkeit sind jetzt grüne, linke, soziale und gerechte Lösungen gefragt. Dafür setze ich mich ein – damit auch unsere Kinder auf dieser Erde leben können.



**LUCAS
NEFF**

1961, dipl. Arch. ETH, NDS Bauökologie & -energie, Inhaber Archbüro, Stadtrat

Die Energiewende ist gut machbar – dies bei höherem Komfort im Sommer und Winter. Einen Hauptbeitrag liefern ökologischere Bauten und Städte mit ihren Infrastrukturen. Mein entsprechendes Wissen als Stadtrat und Unternehmer kann ich im Nationalrat einbringen.



**EDITH
HÄUSLER**

1960, dipl. Natur- und Umweltfachfrau, Umweltbildnerin EB, Kantonsrätin

Den Artenschwund zu stoppen ist die Herausforderung unserer Zeit. In der Politik müssen wir darum die kleinen Dinge im ganz grossen Zusammenhang sehen. Wir müssen mit aller Kraft die Klimakatastrophe verhindern.



**KARIN
FEHR THOMA**

1963, Soziologin, Stadträtin, Kantonsrätin

Gehen wir in der Schweiz mit bestem Beispiel voran – mit Innovationsgeist und Kreativität – und dank Bildung und Kultur schaffen wir die Voraussetzungen für eine ressourcenschonende Lebensweise und nachhaltige Entwicklung.



**THOMAS
FORRER**

1972, Dr. phil., Kulturwissenschaftler, Kantonsrat

Weil die Ressourcen begrenzt sind, bleibt die Frage der Verteilung – gesellschaftlich und ökologisch – auch künftig von grösster Bedeutung: Zur Klima- und Umweltpolitik gehört ein Gemeinwesen, das Chancen und Lebensqualität für alle ermöglicht. Dafür setze ich mich ein.



**SIMON
KÄLIN-WERTH**

1964, dipl. Natw. ETH, Umweltphysiker, Klimabotschafter, Gemeinderat

Als Umweltphysiker und Klimabotschafter engagiere ich mich für die Umsetzung des Abkommens von Paris. Ich setze mich ein für eine Gesellschaft ohne fossile Energieträger sowie international für den Schutz des Regenwaldes und der Menschenrechte.



**ELENA
MARTI**

1995, Polydesignerin 3D, Eventmanagerin, Gemeinderätin

Ungeachtet ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung und ihres Geschlechts sollen alle Menschen die gleichen Chancen haben. Minderheiten gehören nicht kriminalisiert, sondern müssen aktiv in die Gesellschaft eingebunden werden.



**GABI
REISS**

1965, Kleinkinderzieherin

Ich werde mich für verbindliche Gesetze für erneuerbare Energien engagieren. Für die Gleichstellung ist es wichtig, dass wir in der Schweiz eine Elternzeit einführen. Für die Chancengerechtigkeit in der Bildung setze ich mich als Spielgruppenleiterin ein.



**URS
DIETSCHI**

1954, Informatiker

Seit Beginn der 1990iger Jahre kämpfe ich an vorderster Front gegen die grenzenlosen Expansionsgelüste des Flughafens Zürich und für einen vernünftigen Flugverkehr und vertrete die Anliegen der Bevölkerung (Nachruhe etc.).



**MUAMMER
KURTULMUS**

1964, Elternberater, Sozialarbeiter

Ich setze mich für Chancengleichheit in der Bildung ein, weil eine gelungene Bildungskarriere die wichtigste Voraussetzung für die echte Integration in der Gesellschaft ist.



**SILVIA
RIGONI**

1962, Psychologin, Kantonsrätin

Ein Viertel der Bevölkerung im Kanton Zürich hat keinen Schweizer Pass und kann politisch nicht partizipieren. Das ist ein Risiko für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir brauchen ein Ausländer*innenstimmrecht und eine Senkung der Einbürgerungshürden.



**ANDREA
HADORN-STUKER**

1963, Erziehungswissenschaftlerin, Schulpflegerin, Coach, CSP

Bildung und Wissenschaft befähigen und inspirieren Menschen; es braucht Integration und frühe Förderung für Chancengleichheit. Elternurlaub macht Care fühlbar und stellt Eltern im Beruf gleich.



**JULIAN
CROCI**

1995, Student Informatik, Gemeinderat, Co-Präsident Junge Grüne Zürich

Als Informatiker arbeite ich täglich an der Digitalisierung. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass die voranschreitende Technologisierung der Gesellschaft dem Klima nicht noch weiter einheizt und alle von den Fortschritten profitieren, nicht nur die Vermögenden!



**BRUNO
ARNOLD**

1977, Agronom

Ich wünsche mir eine Landwirtschaft, die Lebensmittel produziert und unsere Lebensgrundlage bewahrt, eine Elternzeit, damit die strukturellen Hürden hin zur Gleichstellung überwunden sind, und eine Wirtschaft, die nicht Gewinne, sondern Lebensqualität maximiert.



**GABI
KISKER**

1961, dipl. Arch. ETH

Einem Zubauen ohne Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte oder der Vernachlässigung von Infrastrukturen wie Schulen gilt es Gegensteuer zu halten. Zahlbare Wohnungen sind zu schaffen, Freiräume zu erhalten und die Quartiersversorgung durch Gewerbe-raum zu sichern.



**REGULA
KAESER-STÖCKLI**

1961, Chemielaborantin, Stadträtin

Ein haushälterischer Umgang mit Ressourcen beschränkt sich nicht ausschliesslich auf Energie. Die Klimafrage muss ganzheitlich betrachtet werden. Auch mit menschlichen und finanziellen «Ressourcen» müssen wir schonend umgehen.



**MAURICE
MAGGI**

1955, Wilder Gärtner, Koch, Autor

Aktiver Urbanist für begrünte Lebensräume und suffiziente Lebensmittelversorgung. Ich kämpfe für das Recht der Schwächeren und für lebenswerte Lebensräume.



**MARTIN
WUNDERLI**

1957, Unternehmer, Betriebsökonom HWV, Gemeinderat

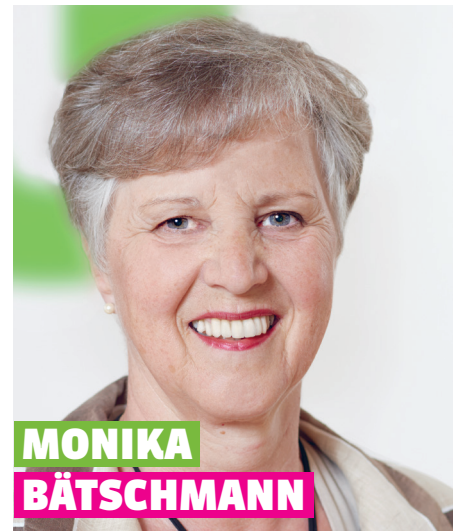
Als «Grüner Unternehmer» verbinde ich wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit gelebter ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit.



**VERA
ANDERS**

1965, Schulleiterin, Praxisdozentin PHZH

Es ist Zeit, nicht Wachstum zu fördern, sondern unsere Lebensqualität zu erhalten, indem wir unsere letzten naturnahen Lebensräume schützen und regionale und gesunde Nahrung fördern. Auch die Kinder unserer Kinder sollen in einer lebenswerten Schweiz aufwachsen können.



**MONIKA
BÄTTSCHMANN**

1954, dipl. Sozialarbeiterin HF, Gemeinderätin

Damit es bei der Gleichstellung wirklich vorwärts geht, braucht es mehr Grüne und mehr Frauen im Bundeshaus. Denn Grüne Politiker*innen garantieren den Einsatz für eine Verbesserung des Klimas in allen Lebensbereichen.

NATIONALRATSWAHLEN: GRÜNE LISTE 6



**LUCA
MAGGI**

1990, Jurist

«System Change – not Climate Change» – diese Forderung des Klimastreiks zielt auf einen Systemwechsel ab. Umweltpolitik und Sozialpolitik sind unzertrennlich. Es braucht einen starken Service Public, eine globale Umverteilung des Wohlstandes und endlich offene Grenzen.



**MARTIN
GRAF**

1954, Ing. Agr. ETH, alt Regierungsrat

Achtsamkeit im Umgang mit Mensch und Umwelt muss als Grundsatz allen Handelns gelten. Statt Wirtschaftswachstum und Machtkonzentration brauchen wir Vielfalt, Stabilität und Fairness in allen Lebensbereichen und damit eine auf Kooperation ausgerichtete Wirtschaft und Politik.



**KATHY
STEINER**

1963, Umweltnaturwissenschaftlerin ETH, Geschäftsleiterin, Kantonsrätin

Die fehlenden Rechte von Flüchtlingen und Sans-Papiers sind heute der eigentliche Prüfstein für die Menschenrechte in der Schweiz. Abschottung und Ausgrenzung bringen unsere Gesellschaft nicht weiter.



**KATHARINA
FREI GLOWATZ**

1968, Landschaftsarchitektin FH, Lehrerin, Gemeinderätin

Es ist höchste Zeit, dass den Worten Taten folgen. Grüne Anliegen müssen endlich umgesetzt werden in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.



**ESTHER
GUYER**

1951, Kantonsrätin, Fraktionspräsidentin

Konsequenter Klimaschutz erhält unseren Planeten lebenswert. Das Klimaabkommen von Paris muss ohne Wenn und Aber umgesetzt werden. Es braucht dringend mehr Schub für die erneuerbaren Energien und den Umweltschutz. Das schulden wir künftigen Generationen.



**PETER
STAMM**

1963, Schriftsteller

Die Schweiz als eines der reichsten Länder der Welt kann sich eine visionäre Umweltpolitik leisten. Das hilft nicht nur der Natur, sondern auch der Wissenschaft und der Wirtschaft. Grüne Politik ist gescheite Politik.

MARIONNA SCHLATTER

IN DEN STÄNDERAT

Marionna Schlatter hat sich entschieden für uns in das Rennen um einen Grünen Ständeratssitz zu ziehen. Im Interview mit Nadine Berthel erzählt Marionna, warum sie in den Ständerat will und was sie von allen anderen Kandidat*innen abhebt.

Liebe Marionna, Du hast Dich entschieden, für den Ständerat zu kandidieren. Warum?

Die Chancen für eine echte Wende sind selten – aber jetzt haben wir eine! Diese Chance möchte ich nutzen und die ökologische Mehrheit, die wir im Kanton Zürich bei den Wahlen erreichen konnten, auch nach Bern bringen.

Du bist erst seit Mai im Kantonsrat, gefällt es Dir nicht?

Doch, und wie! Ich habe in meinen acht Jahren als Parteipräsidentin schon an den Fraktions-sitzungen teilgenommen und so war es für mich fast ein «Nach-hausekommen». Ich kenne die Geschäfte und die strategischen Diskussionen. Mein Rucksack an Erfahrung in der Kantonspolitik ist prall gefüllt. Dieser Rucksack eignet sich bestens auch für eine längere Wanderung nach Bern.

Im Ständerat würdest Du nicht nur die Grünen vertreten, sondern auch den Kanton Zürich.

Genau, und der Kanton Zürich hat im Frühling die Umwelt und die Frauen gewählt. Beide sind im Ständerat massiv untervertreten. Die Grünen haben gerade mal einen von 46 Sitzen im Ständerat. Der Frauenanteil im Ständerat ist auf einem historischen Tief von 13 Prozent. Beides will ich ändern.

Das reicht aber noch nicht, um gewählt zu werden. Im Kandidat*innenfeld hat es ja noch eine andere ökologische Frau...

Ja, aber keine Grüne. Man braucht nur

unsere Smartspider zu vergleichen: wir vertreten nicht die gleiche Politik. Eine nachhaltige Politik kann nur sozial funktionieren. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit: Für die Umweltkrise, die wir haben, dürfen nicht diejenigen

z.B. TTIP.

Du hast ein grosses Wissen über die Pilze und die Natur. Warum hast Du eigentlich nicht Biologie studiert, sondern Soziologie?



Die Aussicht, in meiner beruflichen Tätigkeit die Umweltzerstörung zu dokumentieren, hat mich davon abgehalten. Stattdessen beschäftige ich mich damit, was Menschen und Länder dazu bringt, sich umweltfreundlich zu verhalten. Dazu habe ich auch meine Masterarbeit geschrieben. Ich bin ein vielseitiger Mensch. Neben der Soziologie habe ich auch Kunstgeschichte & Architektur und Französisch studiert. Die Biologie hole ich nach, wenn ich pensioniert bin. (lacht)

Letzte Frage: Wie können wir Dich unterstützen?

Einige Spenden habe ich schon erhalten, dafür möchte ich mich hier ganz herzlich bedanken! Natürlich kann ich noch finanzielle Unterstützung brauchen. Aber noch mehr brauche ich

Eure Zeit: Flyer und Plakate liegen im Sekretariat bereit. Und seid aktiv auf den sozialen Medien, likt und teilt meine Inhalte!

marionnaschlatter.ch
 Facebook: [@marionnaschlatter](https://www.facebook.com/marionnaschlatter)
 Instagram: [@marionnaschlatter](https://www.instagram.com/marionnaschlatter)
 Twitter: [@marionnaSch](https://twitter.com/marionnaSch)
[#schlatter2019](https://twitter.com/marionnaSch) [#klimawahl2019](https://twitter.com/marionnaSch)

■ Das Interview mit Marionna Schlatter führte Nadine Berthel, Geschäftsführerin Grüne Kanton Zürich

GRÜNE USTER

ARTENVIELFALT AM GREIFENSEE

Anfang Juni 2019 reichten Mitglieder der Grünen in Gemeinden rund um den Greifensee Vorstösse zum Schutz der Artenvielfalt ein. Die Aktion wurde von den Grünen Bezirk und Stadt Uster initiiert und koordiniert. Beim besorgniserregenden Biodiversitätsverlust im Kanton Zürich ist solche Gegensteuer gefragt.



Im Herbst 2018 haben Patricio Frei und Meret Schneider im Ustermer Gemeinderat eine Motion zum Schutz der Artenvielfalt eingereicht. Das Parlament hat die Motion inzwischen überwiesen. Ein weiterer Erfolg für die Grünen Uster. Danke, Patricio und Meret!

Einzelinitiative zur Förderung der Biodiversität

Bei der Vorbereitung der Kantonsratswahlen 2019 wurde mit den Kandidierenden Ideen für politische Vorstösse in ihren Wohngemeinden gesammelt. Unschwer zu erraten, dass das Thema Biodiversitätsförderung das Rennen machte. Da – mit Ausnahme Usters – alle Gemeinden rund um den Greifensee Versammlungsgemeinden sind, war schnell klar, dass dafür nur eine Einzelinitiative in Frage kam. Schwieriger zu beantworten war, ob die Einzelinitiative auf die bisherigen Anstrengungen der Gemeinden im Bereich des Artenschutzes Rücksicht nehmen sollte oder nicht. Angesichts des Aufwandes, der mit diesen Abklärungen verbunden gewesen wäre, entschieden wir uns dafür, die Initiative so offen zu formulieren, dass sie für alle Gemeinden gleichermaßen

verwendet werden kann (Text siehe Box).

Es braucht mehr Geld...

Konkret werden nun für 2021 bis 2023 Rahmenkredite zur Förderung der Biodiversität in der Höhe zwischen 210'000 und 250'000 Franken gefordert. Nur so gelangen die Initiativen vor die Gemeindeversammlungen. Für viele mag das nach wenig klingen, aber die vorgängige Analyse hatte gezeigt, dass heute pro Jahr mancherorts deutlich weniger Geld für den Naturschutz ausgeben wird. Erste Kontakte zu den örtlichen Naturschutzvereinen haben bei der Vorbereitung ebenfalls bereits stattgefunden. Auf deren Support und Netzwerk werden die Initiant*innen an den Gemeindeversammlungen nämlich angewiesen sein. Ende 2019 können wir dann über die Erfolge in den einzelnen Gemeinden berichten. Und für die Zeit nach 2023 setzen wir auf die Natur-Initiative bzw. auf einen guten Gegenvorschlag des Regierungsrats, go for it, Martin.

■ Karin Fehr, Kantonsrätin, Stadträtin Uster

TEXT

EINZELINITIATIVE

Einzelinitiative zum Schutz der Artenvielfalt – Rettet die Bienen

Sehr geehrte Damen und Herren

Der/die in der Gemeinde wohnhafte stimmberechtigte Unterzeichnende stellt gestützt auf Artikel 3 der Gemeindeordnung der politischen Gemeinde Egg und das Gesetz über die politischen Rechte folgendes Initiativbegehren:

Zum Schutz und zur Förderung der Artenvielfalt (Biodiversität) auf dem Gebiet der politischen Gemeinde Egg wird für die Jahre 2021 bis 2023 ein Rahmenkredit in der Höhe von Fr. 250'000.- bewilligt.

Mit dem Rahmenkredit soll vor allem der Anteil ökologisch wertvoller Flächen auf dem Gemeindegebiet erhöht und deren Vernetzung gefördert werden. Dazu kann es sich anbieten, entsprechende Unterstützungsbeiträge für Grundeigentümerinnen und -eigentümer zu schaffen.

Die mit dem Kredit zu finanzierenden Biodiversitätsfördermassnahmen sollen zusätzlich zu bereits beschlossenen oder geplanten Massnahmen durchgeführt werden.

Über die Aufteilung des Rahmenkredits auf Einzelprojekte entscheidet der Gemeinderat.

Nach Ablauf der Kreditperiode erstattet der Gemeinderat Bericht über die getroffenen Massnahmen, deren Wirkungen und den weitergehenden Handlungsbedarf.

GRÜNE DÜBENDORF

STETER TROPFEN HÖHLT DEN STEIN

Dübendorf hatte sein letztes linkes Stadtratsmitglied vor über 20 Jahren. Wir sind die grösste Stadt der Schweiz mit diesem Manko. Wichtige Investitionen in die Infrastruktur werden trotz 71 Mio. Franken Nettovermögen auf die lange Bank geschoben und der Klimawandel wird bei uns höchstens mit sozialer Kälte bekämpft. Kurz und gut: In Dübendorf für die Grünen zu politisieren ist ebenso spannend wie fordernd.

Kein leichtes Pflaster für Grüne Anliegen

Was uns an Wähleranteilen fehlt, machen wir durch Fleiss und Ausdauer wett. Dieses Engagement beginnt nun langsam Früchte zu tragen: Es ist uns zusammen mit der SP Anfang Juni völlig überraschend gelungen, die geplante Schuldenbremse zu versenken. An derselben Sitzung wurde zudem unser Postulat zur Senkung der CO₂-Emissionen städtischer Betriebe angenommen.

Unsere anspruchsvollste Baustelle ist und bleibt aber die Sozialhilfe. 2016 geriet deren Leiterin in die Schlagzeilen, weil sie rechtsextreme Inhalte auf facebook teilte. Sozialhilfebeziehende

berichteten daraufhin von rassistischen Beschimpfungen und Drohungen durch die Sachbearbeiter*innen. Die verantwortlichen SVP-Stadträte hielten an ihrer Sozialhilfeleiterin und Parteikollegin fest, versuchten die Missstände als linke Inszenierung abzutun und bezichtigten uns der politisch motivierten Hetze.

Trotz Fortschritten weiterhin Missstände bei der Sozialhilfe

Mit Verweis auf das Öffentlichkeitsgesetz konnten wir nun die Freigabe der Berichte der städtischen Ombudsstelle erwirken. Deren Inhalt geht aber weit über unsere Vorwürfe hinaus. So wurden unter anderem regelmässig Verfügungen ohne Rechtsmittelbelehrung zugestellt, weshalb die betroffenen Klient*innen sich nicht zur Wehr setzen konnten. Das ist ein gravierender Verstoss gegen kantonales Recht.

Mittlerweile hat auch der Bezirksrat endlich reagiert und eine Untersuchung eingeleitet. Die Verantwortlichen werden auch das aussitzen. Aber wir werden weiterhin für unbequeme Stühle sorgen.

■ David Siems



GRÜNKOHL

TAGEBUCH VON R.K.

Montag. Kann mich nicht an den Namen des Kaffs erinnern. Als ich ankam, war nur ein Hund am Bahnhof. Habe ihm meine ganze Wahlkampfrede 1:1 vorgetragen. Toller Zuhörer.

Dienstag. Sollte ja eigentlich in der Session sein. Die Medien werden wieder lästern. Dabei haben die Massen mir heute zugejubelt. Naja, die örtliche SVP. Drei Mann. Aber gejubelt haben sie!

Mittwoch. Wäre beinahe im falschen Ort gelandet. Muss meinen Chauffeur feuern. Der Trottel kann Dietlikon und Dietikon nicht unterscheiden. Wobei, Moment, ich auch nicht. Sieht ja auch gleich aus.

Donnerstag. Toller Auftritt! Ich bin schon ein geiler Typ. Die älteren Herrschaften haben zwar andauernd am Hörgerät gefummelt, aber ich bin sicher: Schon wieder zwei Stimmen mehr! Hoffentlich sterben mir die nicht weg vor der Wahl.

Freitag. Puh, diese Woche dauert! Aber ich bin der Grösste. Der Dorfplatz war rammelvoll. Ok, mit Marktständen, aber ich kam auch zu Wort! Hab sie in Grund und Boden geschnorrt.

Samstag. Es läuft wie geschmiert! Hab gegen Nositsch gewettert, dass es krachte. Dass die beiden hinter den anderen drei Zuhörern standen, ist mir erst spät aufgefallen. Die Menge war ja auch unübersichtlich, bei all diesen anderen Parteiständen. Sauerei. Die machen mir alles nach!

Sonntag. Hab den Grossmünsterpfarrer überzeugt, mir die Kanzel zu überlassen. Geile Akustik. Ich hörte mir geschlagene zwei Stunden beim Predigen zu. Der Herr steht hinter mir. Ständerat, ich komme!

■ G. Kohl

ZÜRICH.

NETTO NULL!

Es geht los! Im Juni haben die Parteien der Klimaallianz (Grüne, GLP, SP, AL und EVP) im Gemeinderat vier Vorstösse eingereicht, die ganz entscheidend sind für eine Stadt Zürich ohne CO₂. Und das ist nur der Anfang.

Schon am 20. März hatten die Klimaparteien eine dringliche Motion eingereicht, deren Titel das Programm vorgibt: «Festlegung einer stringenten Klimapolitik in der städtischen Verfassung mit dem Ziel einer Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner auf Null bis ins Jahr 2030». Damit sind Richtung und Tempo vorgegeben. Es wird aber auch klargestellt, dass wir mit diesem ambitionierten Programm in eine Volksabstimmung gehen werden.

Erste Handlungsansätze

Um zu zeigen, wo wir zuerst konkrete Handlungsansätze erwarten, haben wir mittlerweile eine erste Tranche von vier Vorstössen eingereicht. Erstens fordern wir einen Fonds, der den Ersatz von Öl- und Gasheizungen mit CO₂-freier Wärmeherstellung in privaten Liegenschaften bis 2030 forcieren soll. Zweitens wollen wir einen massiven Ausbau der Photovoltaik in Zürich. Drittens wollen wir genau wissen, wie die bereits von der Stadt angedachte Versorgung Zürichs mit Abwärme und anderen erneuerbaren Energien funktionieren kann. Und viertens soll die Umrüstung der betriebsnotwendigen städtischen Fahrzeugflotte auf leichte und energieeffiziente Motorfahrzeuge mit alternativen Antriebsformen

schnellstmöglich angegangen werden.

Entschlossenes Handeln der Stadtzürcher Politik nötig

Bis auch die übergeordneten kantonalen und nationalen Ebenen wirkungsvolle Massnahmen ergreifen, um den Klimawandel in der Schweiz entschieden zu bekämpfen, braucht es ein entschlossenes Handeln der Stadtzürcher Politik. Die wichtigsten Handlungsfelder sind dabei Gebäude, Energie und Mobilität. In diesen Bereichen haben die beteiligten Fraktionen eine Vielzahl von weiteren Ideen erarbeitet. Gewichtung und Priorisierung der unterschiedlichen Massnahmen geben immer noch Anlass zu Diskussion innerhalb der Klimaallianz.

Kommunalen Spielraum nutzen

Die Massnahmen versuchen dort anzusetzen, wo einerseits der CO₂-Ausstoss signifikant abgebaut werden kann und wo andererseits die Stadt kommunalen Spielraum hat. Der Stadtrat selber wird in einem Postulat aufgefordert, weitere Massnahmen auf diesem Weg aufzuzeigen und diese hinsichtlich der sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimension der Nachhaltigkeit zu prüfen. Es ist klar, dass die Umsetzung des Reduk-

tionsziels die Stadtverwaltung enorm fordert und einen engen Austausch der verschiedenen politischen Instanzen und der Verwaltung nötig macht.

So werden auch die Klimaparteien im Dialog mit Expert*innen aus der Zivilgesellschaft (zum Beispiel dem Verein «Klima Stadt Zürich») aber auch der Stadtverwaltung weitere Ideen diskutieren und vorantreiben, so etwa: Rückbau der Gasinfrastruktur und Aufbau einer Abwärme-Infrastruktur; ein Pilotprojekt zur Abscheidung von CO₂ in der KVA Hagenholz; Reduktion des CO₂-Ausstoss durch Gebäude bei Bau und Betrieb; vermehrter Einsatz von einheimischem Bauholz; vermehrte Erstellung von Nullenergiehäusern; Begrünung von Bauten und des öffentlich zugänglichen Raums usw. Schliesslich soll sichergestellt werden, dass durch Bildungs- und Informationsangebote das notwendige Know-how für das fossilfreie Zeitalter in Wirtschaft, Gesellschaft und Institutionen vorhanden ist.

Weitere Ideen drehen sich um Anreize zur Förderung von klimafreundlicherer Ernährung, Bodennutzung und Treibstoffen in der Stadt Zürich. Und natürlich soll die fossilfreie Mobilität – ÖV, Fuss- und Veloverkehr – gefördert werden, wie z.B. in der Velorouteninitiative vorgeschlagen.

Das alles wird die Stadt massiv in Richtung Netto Null voranbringen – vielleicht nicht so schnell wie gewünscht, aber auch wenn es 2040 werden sollte – wir sind unterwegs!

■ Markus Kunz, Fraktionspräsident



ÜBERWACHUNGEN

LINSE SCHARF

Zum Schutz der Bevölkerung vor übermässiger Überwachung müssen auch die Überwacher*innen überwacht werden.

Wir Grünen wollen keinen Überwachungsstaat, der seine Bürger*innen auf Schritt und Tritt überwacht. In unserem Positionspapier zum Thema Sicherheit schreiben wir: «Öffentliche Plätze, Gebäude und Verkehrsmittel werden nicht ständig überwacht.» Leider gehen die Tendenzen in Zürich in eine andere Richtung. Die aktivste Rolle spielen dabei Private. Heute sind Überwachungskameras günstig gekauft und schnell montiert. Egal ob Schaufenster, Hausfassaden oder Hinterhöfe – es wird gefilmt und der öffentliche Raum dadurch mitüberwacht. Dies, obwohl gemäss dem schweizerischen Datenschutzgesetz ein grundsätzliches Verbot der Videoüberwachung des öffentlichen Raums durch Private gilt.



Private Videoüberwachung steht im luftleeren Raum

Das Problem der Mitüberwachung ist, dass sie im rechtlich luftleeren Raum stattfindet. Anders als die Videoüberwachung durch die Organe der Stadt und des Kantons ist sie weder auf kantonaler noch auf städtischer Ebene geregelt. Das wollen wir Grünen ändern. Im Gemeinderat fordern wir

eine Bewilligungspflicht für sämtliche Videokameras Privater, die den öffentlichen Raum mitüberwachen. Damit wollen wir in Zukunft gewährleisten, dass die Bevölkerung vor übermässiger Überwachung durch Private geschützt wird und solche Kameras bei einer allfälligen Bewilligung durch die Stadt ausreichend und gut sichtbar gekennzeichnet werden.

Polizei hält geltende Überwachungsregeln nicht ein

Ein weiterer Vorstoss richtet sich an die Stadtpolizei. Diese setzte in der Vergangenheit verdeckte Videokameras zur Überwachung von Brennpunkten ein. Unter Brennpunkten versteht man Orte, an denen es in der Vergangenheit zu strafbaren Handlungen gekommen ist. Das Polizeigesetz erlaubt zwar unter anderem zur Verhinderung strafbarer Handlungen die Videoüberwachung, schreibt aber glasklar vor, dass die Öffentlichkeit durch Hinweistafeln darauf aufmerksam zu machen ist. Verdeckt ist eine solche Überwachung nicht zulässig. Doch genau das machte die Stadtpolizei. Verdeckt dürfte sie nur im Rahmen einer Observation überwachen. Dafür sind die rechtlichen Hürden aber höher. Auch diesem Treiben wollen wir ein Ende setzen und fordern, dass die Stadtpolizei sämtliche Videokameras mit Piktogrammen verseht und ihre Hinweispflicht wahrnimmt.

In einem Rechtsstaat ist zentral, dass auch die Überwacher überwacht werden. Diese Aufgabe nehmen wir Grüne wahr.

■ Luca Maggi, Vizepräsident Grüne Stadt Zürich

ZÜRICH NORD

FRIEDENSRICHTER

Die Grünen Zürich Nord haben für die Ersatzwahlen am 1. September 2019 Franziska Gohl Zschokke als Friedensrichterin nominiert. In der Stadt Zürich gibt es sechs vollamtliche Friedensrichter*innen. Die Grünen sind schon mehrmals zu Friedensrichterwahlen angetreten, konnten aber noch nie gewinnen: In der Regel obsiegt eine der «grossen» Parteien.



Als Juristin ist Franziska Gohl Zschokke bestens für die Aufgabe als Friedensrichterin geeignet. Sie ist stark mit dem Quartier verbunden: Aufgewachsen in Schwamendingen, lebt sie heute mit ihrer Familie in Zürich Oerlikon.

Ihre Kandidatur wird von den meisten anderen Parteien unterstützt. Franziska Gohl Zschokke ist die einzige Kandidatin, alle anderen Kandidaturen wurden zurückgezogen. Die Chancen für eine Wahl der ersten Grünen Friedensrichterin in der Stadt Zürich sind daher gut. Trotzdem zählt am 1. September jede Stimme.

■ Felix Moser, Präsident Grüne Stadt Zürich

KLIMASONDERSITZUNG

«KLIMANOTSTAND» UND MASSNAHMENPAKETE

8. Juli 2019: Klimadebatte im Grossen Gemeinderat von Winterthur: Die Parteien Grüne, SP, GLP und EVP (lokale Klima-Allianz) haben die Sonderdebatte angestossen. Ziel ist es, den Klimaschutz in der Stadt Winterthur einen Schritt weiterzubringen und die politischen Rahmenbedingungen an die Entwicklung der letzten Jahre anzupassen.



Deutliche Worte der Klimaexpertin

Zunächst hat eine Klimaexpertin von der ETH Zürich das Wort. Frau Prof. S. Seneviratne vom Institut für Atmospheric and Climate Science der ETH Zürich zeigt den anwesenden Gemeinderat*innen unmissverständlich auf, dass die Welt ohne wirksame Klimaschutzmassnahmen auf eine Heisszeit zuläuft, wie sie die Erde seit hunderttausenden von Jahren nicht mehr gesehen hat. In der Schweiz könnte das bis gegen 2060 bis zu fünf Grad Erwärmung gegenüber vorindustrieller Zeit ergeben, so die Prognosen des letzten Berichtes des IPCC-Klimarates. Ob sich die Parlamentarier*innen davon beeindruckt lassen?

Druck von der Strasse und von den Grünen

Vor der Ratssitzung haben sich Klimastreikende mit Bannern aufgestellt, «Klimanotstand» auf den Boden gemalt und zu Beginn der Sitzung ist die Tribüne mit Besucher*innen und Klimaaktivist*innen voll besetzt. Die

Debatte wurde lange vorher angekündigt und das Echo ist wie erwartet gross. Pünktlich um 17:00 Uhr eröffnet der Präsident die Diskussion. Zunächst werden von verschiedenen Fraktionen Erklärungen zur Situation und zur Einschätzung der Lage verlesen. Die Grünen weisen einmal mehr darauf hin, dass es die entwickelten Länder (also eben wir selbst) sind, die mit der Nutzung von fossilen Energien die Erde in einem nie dagewesenen Tempo aufheizen und das bisherige, über Jahrtausende stabil verlaufende Klimageschehen regelrecht durcheinanderwirbeln.

Dann geht es an die Beratung von 16 eingereichten Vorstössen. Die Themen sind breit gefächert und wurden von den Fraktionen im Vorfeld teils untereinander abgesprochen. Die Klima-Allianz hat davon rund die Hälfte beigesteuert und gemeinsam sichergestellt, dass sie dafür eine Mehrheit hat. Im Zentrum stehen die Ausrufung des Klimanotstands sowie die Zielsetzung von Netto-Null CO₂-Ausstoss bis 2050. Beides wurde als Umsetzungs-Auftrag an die Regierung überwiesen. Das Par-

lament hat damit deutlich gemacht, dass es auch für die Stadt Winterthur nicht nur die Ziele des internationalen Abkommens von Paris anstreben will, es hat mit der Überweisung des Klimanotstand-Postulates auch aufgezeigt, dass es ihm mit dessen Dringlichkeit ernst ist. Bezeichnenderweise werden beide Anliegen von der rechten Ratschälfte nicht geteilt. Sie bezeichnen die Vorstösse als Klimapopulismus und verkennen sowohl Dringlichkeit wie auch Notwendigkeit.

Erste konkrete Massnahmen beschlossen

Im Laufe des Abends wird ausserdem eine erste Reihe von konkreten Klimaschutzprogrammen verabschiedet. So unter anderem eine stärkere Förderung von Photovoltaik-Anlagen oder eine Umsetzung von Bauzonen mit Minimalanforderungen für erneuerbare Wärmeerzeugung. Ebenfalls finden Forderungen nach CO₂-neutralen Antrieben für alle Fahrzeuge der städtischen Verwaltung (inklusive Stadtbus), wie auch die Schaffung eines Fonds zur Förderung des öffentlichen Verkehrs oder der Auftrag zu CO₂-neutralen Geldanlagen der städtischen Pensionskasse entsprechende Mehrheiten.

Es ist 23:00 Uhr. Die Debatte ist nach gefühlt ewigen Diskussionen mit immer wieder ähnlichen Kontroversen beendet. Es wird nicht die Letzte zum Klima gewesen sein.

■ Reto Diener, Co-Präsident Grüne Winterthur

KREISLAUF-INITIATIVE

SAMMELENDSPURT

Seit den Kantonsratswahlen sammeln die Jungen Grünen Zürich für die Kreislauf-Initiative. Jetzt müssen wir in den Sammelendspurt starten, um der Ressourcenverschwendung endlich einen Riegel vorzuschieben.

Es ist neun Uhr früh. Auf dem samstäglichen Wochenmarkt in Oerlikon geht es trotz der frühen Stunde schon geschäftig zu. Salate werden über die Theken der Marktstände gereicht, Brot für das Frühstück gekauft. Beste Sammelvoraussetzungen. «Haben Sie die Kreislaufinitiative schon unterschrieben?». Viele verneinen, nach einer kurzen Erklärung unterschreiben sie dann gerne. Es ist vielen ein sehr grosses Anliegen, dass weniger Abfall produziert und das, was wir brauchen, sauber recycelt wird, ohne dass Mikroplastik oder andere schädliche Fremdstoffe in die Umwelt austreten. Obwohl alle Unterschreibenden erzählen, dass sie schon seit Langem einen Jutebeutel haben und den Müll trennen, ist vielen klar: die Politik muss endlich Massnahmen ergreifen.

Die Politik muss endlich handeln

Im Kanton Zürich besteht immer noch kein vernünftiges Recyclingsystem für Plastik – andere Kantone sind hier

weiter. Mit dem starken Forschungsstandort Zürich ist es möglich, ein zukunftsfähiges System einzurichten, das möglichst viel Plastik rezyklieren kann. Doch nicht nur beim Recycling muss angesetzt werden, sondern auch schon bei der Produktion und Verursachung des zukünftigen Abfalls.

Gute Ideen liegen auf dem Tisch

In Zürich gibt es viele Take-Away-Angebote. Das Fast-Food ist dabei umständlich in Plastik, Alu und Papier eingehüllt. Je nachdem auch noch in mehreren Schichten. Die Stadt Bern macht vorwärts: In Zukunft sollen Imbisse, wenn sie Essen in Verpackungsmüll verkaufen, eine Gebühr bezahlen. Läden, die z.B. ein Mehrweg-System anbieten, müssen eine geringere oder gar keine Gebühr entrichten. Dies fördert aktiv die Umstellung auf Mehrweggeschirr. Da genug Läden mitmachen werden, wird es auch für die Bevölkerung attraktiv. Schliesslich muss sie ihr Geschirr nicht in den glei-

chen Laden zurückbringen, in dem sie es bezogen hat.

Food Waste stoppen

Doch nicht nur die Hülle, sondern auch der Inhalt spielt eine grosse Rolle. In der Schweiz werden etwa 30 Prozent der Lebensmittel weggeworfen. Natürlich ein grosser Teil davon in den Privathaushalten, aber eben nicht nur. Gewisses Gemüse erreicht den Laden gar nicht, da es den übertriebenen Schönheitsidealen nicht entspricht. Bäckereien, Supermärkte und weitere Geschäfte bieten ebenfalls möglichst bis zum Ladenschluss ihr gesamtes Sortiment an. Was am Ende des Tages nicht verkauft wurde, landet häufig in der Tonne. Innovative Vereine, Firmen und Einzelinitiativen versuchen ihr Möglichstes, diese unnötige Verschwendung zu stoppen. Leider wird ihre Arbeit häufig sowohl durch Regulationen als auch durch einen Mangel an Infrastruktur erschwert. Hier können sich Kanton und Gemeinden aktiv einbringen und diese wertvollen Angebote gezielt fördern.

Den meisten Menschen in der Schweiz wird langsam klar, dass wir uns mit der Idee, dass nur unbegrenzter Konsum glücklich macht, in eine Sackgasse manövriert haben. Mit der Kreislaufinitiative können wir auf eine zukunftsfähige Wirtschaft hinarbeiten. Darum auf in den Sammelendspurt!

Jetzt unterschreiben!

Die Unterschriftenbögen können unter www.kreislauf-initiative.ch heruntergeladen werden.

■ Julian Croci, Co-Präsident Junge Grüne Zürich



GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

20. August 2019, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Wahlauftakt nationale Wahlen 2019, Steuergesetz (StG) (kantonale Umsetzung Steuerreform), Apéro 19:00 Uhr, Volkshaus Zürich, Gelber Saal

7. September 2019, 18:00 Uhr

Wahlbankett Marionna Schlatter

Infos und Anmeldung:
www.marionnaschlatter.ch/bankett
FOGO, Geerenweg 23a, Zürich

20. Oktober 2019, ab 14:00 Uhr

Grünes Wahlfest

Ort wird noch bekannt gegeben

GRÜNE STADT ZÜRICH

12. September, 18:30 Uhr

Kinoabend

RiffRaff Zürich

15. September 2019, 10:00–14:00 Uhr

Lauf gegen Rassismus

Lauf mit im #TeamGrün, Bäckieranlage Zürich

22. September 2019, 18:00 Uhr

Velodemo

Helvetiaplatz, Zürich

24. September 2019, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Apéro 19:00 Uhr, Zürich, genauer Ort wird bekannt gegeben

25. September, 18:30 Uhr

Kinoabend

RiffRaff Zürich

ZÜRICH 3/9

14. September 2019, 14:00–16:00 Uhr

Grüner Spaziergang

Thema: Pilze und Politik (Klima), mit Marionna Schlatter, Apéro im Anschluss, Spaziergang vom Triemli bis Friedhof Sihlfeld

ZÜRICH 6/10

14. September 2019, 18:30 Uhr

Podiumsdiskussion

Thema: Klima & Soziale Gerechtigkeit, mit Katharina Prelicz-Huber, Ref. Kirchgemeindehaus beim Wipkingerplatz, Zürich

GRÜNE WINTERTHUR

22. August 2019, 19:30 Uhr

Podiumsdiskussion:

Klimakiller Konsum

U.a. mit Marionna Schlatter und Irmi Seidl, Prof. Dr. für Ökonomie und Sozialwissenschaften, Restaurant Argentina, Rudolfstr. 15, Winterthur

BEZIRK Horgen

12. September 2019, 20:00 Uhr

Filmvorführung und Podiumsgespräch

Thema: Konzernverantwortung, Podium mit Marionna Schlatter, Hotel Sedartis, Thalwil

BEZIRK HINWIL

28. August 2019, 20:00 Uhr

«Helvetia ruft»

U.a. mit Marionna Schlatter, Restaurant Löwen, Rüti

BEZIRK ANDELFINGEN

22. September 2019, 11:15–13:00 Uhr

Podiumsdiskussion mit allen

Ständeratskandidat*innen

Apéro im Anschluss, Schloss Laufen, Rittersaal

BEZIRK DIELSDORF

29. September 2019

Pilzexkursion

Mit Marionna Schlatter, genauer Ort und Uhrzeit werden bekannt gegeben

BEZIRK DIETIKON

1. September 2019, 14:00 Uhr

Grillfest

Fondlihof Dietikon

GRÜNE DIETIKON

14. September 2019

Clean-Up-Day, 9:00 Uhr

Befreiung der Dietiker Spielplätze von Zigarettenstummeln und anderem Abfall. Besammlung vor dem Bahnhofskiosk Dietikon.

28. September 2019, 9:00–12:00 Uhr

Standaktion Nationalrats- und Ständeratswahlen

Marktplatz Dietikon

GRÜNE DÜBENDORF

31. August 2019

Velobörse

Annahme: 8:00–9:30 Uhr, Verkauf: 10:00–15:00 Uhr, Stadthausplatz Dübendorf

GRÜNE WALD

16. August 2019, ab 19:00 Uhr

Sommerfest

Eschenstrasse 11, Wald

21. August 2019, 19:30 Uhr

Grüner Höck

Eschenstrasse 11, Wald

JUNGE GRÜNE

13. August 2019, 19:00 Uhr

Stammtisch

Zürich, genauer Ort wird bekannt gegeben

16. August 2019, 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Sekretariat, Ackerstrasse 44, Zürich

10. September 2019, 19:00 Uhr

Stammtisch

Zürich, genauer Ort wird bekannt gegeben

8. Oktober 2019, 19:00 Uhr

Stammtisch

Zürich, genauer Ort wird bekannt gegeben

ALLE VERANSTALTUNGEN:

www.gruene-zh.ch/veranstaltungen